

Quelle:

www.lazarus.at/2018/05/21/pflegebevollmaechtigter-andreas-westerfellhaus-praemien-und-arbeitszeitverkuerzung-gegen-den-pflegenotstand

Pflegebevollmächtigter Andreas Westerfellhaus: Prämien und Arbeitszeitverkürzung gegen den Pflegenotstand



✘ Mit dem Vorschlag einmaliger Prämienzahlungen an WiedereinsteigerInnen sowie einer Arbeitszeitverkürzung auf 80 Prozent bei vollem Lohnausgleich will der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung dem

bedrohlich zunehmenden Fachkräftemangel rasch begegnen. Die Meinungen hierzu sind gespalten.

In einem neuen Positionspapier fordert der neue Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, Geldprämien um den akuten Fachkräftemangel zu bekämpfen. Pflegekräfte in Kliniken und Heimen sollen künftig eine einmalige steuerfreie Zahlung von bis zu 5.000 Euro erhalten, wenn sie in ihren Beruf zurückkehren oder bei Teilzeit ihre Arbeitszeit deutlich erhöhen. Beschäftigte, die direkt nach ihrer Ausbildung in eine Festanstellung gehen, sollen eine Prämie von 3.000 Euro bekommen.

Diese Zahlungen sollen auf zwei bis drei Jahre begrenzt oder mit einem finanziellen Deckel versehen werden. „Parallel müssen wir die Arbeitsbedingungen in der Pflege so verbessern, dass Prämienzahlungen danach

nicht mehr notwendig sind“, sagte Westerfellhaus gegenüber der „Rheinischen Post“. Betreiber von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, die zusätzlich Fachpersonal einstellen, sollen pro Kopf eine Prämie von 3.000 Euro erhalten. In dem Positionspapier schlägt Westerfellhaus zudem vor, Pflegekräften die Möglichkeit zu geben, bei vollem Lohnausgleich ihre Arbeitszeit von 100 auf 80 Prozent zu reduzieren.

Die Forderungen des Positionspapiers würden im ersten Jahr rund 570 Millionen Euro kosten, in den Folgejahren rund 345 Millionen Euro.

Grundsätzlich waren die Reaktionen auf die Vorschläge des Pflegebevollmächtigten positiv. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) sieht darin grundsätzlich einen wichtigen ersten Schritt, um dem Pflegenotstand zu begegnen. „Der DBfK begrüßt diese Initiative zur Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs“, sagte DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein. „In Verbindung mit den weiteren Vorschlägen für ein umfassendes Ausbildungskonzept, Förderung von Best-Practice bei der Arbeitsgestaltung und mehr Verantwortung – also Autonomie – kann dies ein wichtiger Baustein für eine Kehrtwende beim Exodus aus den Pflegeberufen sein. Um, wie Herr Westerfellhaus betont, die ‚Vertrauenskrise‘ in der Pflege zu beenden, braucht es aber erheblich mehr. Solange die professionell Pflegenden nicht in ihrem Alltag eine spürbare positive Veränderung und Entlastung erleben, werden sie politischen Ankündigungen nicht vertrauen. Nur für Geld kommen sie nicht zurück an die Arbeitsplätze, aus denen sie wegen der chronischen Überlastung und dem geringen Stellenwert von Pflege im Gesundheitssystem geflüchtet sind. Da muss deutlich mehr getan werden.“

Franz Wagner, der Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR), lobt vor allem die Idee der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich als „besonders innovativ“. Die von Westerfellhaus vorgeschlagenen Prämien für Wiedereinsteiger in den Pflegeberuf würden allerdings nicht reichen, um ehemalige Pflegenden zurückzuholen. „Nur durch bessere Arbeitsbedingungen kann der aktuelle Trend zum stufenweisen oder vollständigen Ausstieg umgedreht werden“, so der DPR-Präsident.

Scharfe Kritik äußerte hingegen der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch. Mit seinen „Sprechblasen“ verunsichere der Pflegebeauftragte nur Pflegekräfte und die Öffentlichkeit, es fehlten solide

gesetzgeberische und haushaltspolitische Vorschläge. „Um allein Diskussionen anzustoßen, ist die Not in der Pflege zu groß. Das spüren Pflegebedürftige, Patienten und Pflegekräfte jeden Tag mehr“, so Brysch.